

Zeugnis schon im Kindergarten

Expertengruppe der Erziehungsdirektionen präsentiert Ideen für neue Schulzeugnisse

Die Noten in den Zeugnissen sollen neu definiert werden. Ziel ist eine Angleichung der Beurteilung der Schüler in den Kantonen.

René Donzé

Mit Einführung des Lehrplans 21 müssen die meisten Kantone ihre Zeugnisse neu gestalten. Einige Fächer haben neue Bezeichnungen erhalten, andere wurden zusammengefasst. Doch obwohl mit dem Lehrplan die Schule weiter harmonisiert wird, hat die Konferenz der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK) den Kantonen bis jetzt keine Vorschläge zur Ausgestaltung der neuen Zeugnisse gemacht.

Nun aber liegt ein Papier vor, das eine Arbeitsgruppe aus Experten und Vertretern der Kantone im Auftrag der D-EDK erarbeitet hat. Die Vorschläge haben Brisanz. Unter anderem sollen bereits im Kindergarten Zeugnisse ausgestellt werden, in denen der Besuch des Unterrichts bestätigt wird. Eine Beurteilung der Leistungen der Kinder hingegen ist nicht vorgesehen. Der Schaffhauser Erziehungsdirektor und Präsident der D-EDK, Christian Amsler, unterstützt das. «Wenn jemand bereits im Kindergarten Leistungsdruck aufbauen will, dann halte ich klar dagegen», sagt er. Ergänzt werden können die Zeugnisse laut Amsler durch

Beobachtungsbögen, auf denen die Fortschritte der Kinder festgehalten werden. Auch Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Schweizer Lehrerverbandes (LCH), kann sich das vorstellen: «Nur wenn eine gute Möglichkeit gefunden wird, die Erfolge der Kompetenzerreichung altersgemäss wiederzugeben, ergibt ein Zeugnis im Kindergarten Sinn», sagt er.

Mit der Notengebung soll laut der Arbeitsgruppe erst in der zweiten oder dritten Primarschulklasse angefangen werden, wie dies heute schon in den meisten Kantonen der Fall ist. «Im Kindergarten haben Noten nichts zu suchen, und auch in den ersten Primarschuljahren bewähren sich Elterngespräche besser als Notenzeugnisse», sagt auch Christian Amsler. In den oberen Klassen seien sie aber sinnvoll.

Noten neu berechnen

Allerdings wird sich die Berechnung der Noten verändern: Sie sollen in der Vorstellung der Experten nicht mehr einfach aus einem Durchschnitt von Prüfungsnoten und allenfalls einer Mündlich-Note bestehen. Vielmehr setzen sie sich aus dem Lösen von Prüfungen, dem Erreichen von Lernzielen und dem Erreichen von Kompetenzstufen gemäss Lehrplan 21 zusammen. Den Noten sollen zudem Beurteilungsblätter zugrunde liegen, auf



Garderobe des Kindergartens Hirzbrunnen in Basel. (9. August 2010)

denen die Lehrer die Kompetenzen und Fortschritte der Schüler differenzierter festhalten können. Dadurch erhofft sich die Arbeitsgruppe «eine Angleichung unter den Kantonen», wie sie in ihrem Papier schreibt. Pädagoge Brühlmann findet das sinnvoll: «Es ist wichtig, dass eine Gesamtbetrachtung mit in die Noten ein-

fliesst», sagt er. Allerdings bedeute das einen Zusatzaufwand, der unter heutigen Bedingungen kaum zu bewältigen sei.

Obwohl der Bericht im Auftrag der D-EDK entstand, wollen ihm die Erziehungsdirektoren keinen formellen Status geben. «Die Regelung von Zeugnissen und Notengebung bleibt auch in Zukunft

Sache der Kantone», sagt Amsler. Allerdings sagt er auch: «Persönlich unterstütze ich das Anliegen, die Zeugnisse von ihrer Struktur her über die Kantonsgrenzen hinaus einander anzugleichen und so die Lesbarkeit zu verbessern.» Brühlmann vom LCH glaubt, dass der Bericht den Kantonen die Richtung vorgibt, in die sich die Zeugnisse entwickeln sollen. Auch von den kantonalen Volksschulältern kommen Signale, dass der Bericht durchaus Grundlage für neue Zeugnisse sei.

Gewerbe ist enttäuscht

Dem Gewerbe indes gehen solche vagen Aussagen zu wenig weit. «Es ist frustrierend, dass sich die D-EDK nicht zu klaren Empfehlungen durchringen konnte», sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Er spricht von einer «verpassten Chance», die Zeugnisfrage zu koordinieren.

Der Gewerbeverband fordert schon seit langem aussagekräftige und vergleichbare Zeugnisse, vor allem in der Sekundarschule. Dann könnten auch die Tests abgeschafft werden, welche heute in vielen Branchen für angehende Lehrlinge durchgeführt werden. Bigler sagt, er sei enttäuscht, dass sein Verband nicht in die Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektoren einbezogen worden sei. «Wir hatten nicht einmal Kenntnis davon, dass es eine solche gibt.»

In Kürze

Riklin will höchste Schweizerin werden

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin kandidiert für das Amt der höchsten Schweizerin. Riklin hat bei der Fraktion ihr Interesse für das Amt angemeldet, muss aber noch mit Konkurrenz von anderen Kollegen rechnen. Die CVP-Fraktion wird am Freitag einen Kandidaten für die Wahl zum 2. Vizepräsidenten des Rates nominieren. Dieser würde dann turnusgemäss 2018 zur Wahl als Präsident vorgeschlagen. (dli)

Rentner stürzt beim Wandern in den Tod

Ein 67-jähriger Zürcher ist am Freitagnachmittag in Zermatt leblos auf einem Wanderweg aufgefunden worden. Die Walliser Kantonspolizei geht davon aus, dass er gestürzt und dabei ums Leben gekommen ist. Wie die Polizei in einer Mitteilung vom Samstag schreibt, meldete sich die Ehefrau bei der Polizei, weil ihr Mann nicht wie erwartet zu Hause in Zürich aufgetaucht war. (sda)

Jugendliche mit Bagger unterwegs

Zwei 14-Jährige haben am Freitagnachmittag in Kaltbrunn (SG) einen Bagger entwendet, um damit eine Motocross-Piste für ihre Mofas zu präparieren. Wie die Kantonspolizei am Samstag bekanntgab, behändigten die Teenager den Bagger in einem Steinbruch. Mitarbeiter hörten, dass das Fahrzeug in der Kiesgrube in Betrieb gesetzt wurde. Sie alarmierten die Polizei. (sda)

89-Jähriger irrt sich mit Gas und Bremse

In Sirmach (TG) hat ein 89-jähriger Automobilist am Samstagvormittag innert kurzer Zeit zweimal Gas- und Bremspedal verwechselt. Wie die Kantonspolizei in einem Communiqué mitteilt, war der Mann rückwärts auf einem Parkplatz gefahren. Weil er aufs Gas statt auf die Bremse trat, prallte er gegen eine Wand. Beim Vorwärtsfahren geriet er erneut aufs falsche Pedal und kollidierte mit einer anderen Mauer. Der Rentner wurde ins Spital gebracht, sein Auto erlitt Totalschaden. (sda)

Classe politique

Alain Berset, Frontalier, versetzt Grenzen. Der Gesundheitsminister will es fortan der Tabakindustrie verbieten, Festivals und Veranstaltungen mit «internationalem Charakter» zu sponsorn, beschwichtigt dabei aber sogleich: Betroffen seien ja nur das Jazz-Festival in Montreux und die Art Basel. Etwas anders sieht es Berset, wenn er als Kulturminister Anlässe mit erklecklichen Mitteln subventioniert. Dann verteilt er Geld etwa an die Filmfestivals von Locarno, Zürich oder Nyon, laut Berset alles Anlässe mit «internationaler Ausrichtung».

Oskar Freysinger, Mannsbild, zieht blank. Der Walliser Regierungsrat und SVP-Bundesrats-

kandidat liess sich kürzlich gewissermassen «à la Putin» mit nacktem Oberkörper und geschwelter Brust ablichten. Seinen Kollegen im Walliser Staatsrat blieb der Auftritt nicht verborgen, sie nennen Freysinger seither schlicht «Winnetou». Wir halten uns lieber an einen Spruch des weisen Old Shatterhand: «Habt Ihr denn überhaupt kein Ehrgefühl?»



Alain Berset

Oskar Freysinger

Kampf um höhere Kontingente

Johann Schneider-Ammann und Ueli Maurer fordern mehr Bewilligungen für Arbeiter aus Drittstaaten – trotz Zuwanderungsinitiative.

Stefan Bühler

Er sympathisiere mit der Einführung einer Schutzklausel, sagte Bundesrat Johann Schneider-Ammann am Dienstag anlässlich seines Besuchs bei der EU in Brüssel. Einer Klausel also, mit der sich die Zuwanderung aus Europa in die Schweiz beschränken liesse, so wie das die Zuwanderungsinitiative verlangt. In die entgegengesetzte Richtung argumentierte der Wirtschaftsminister tags darauf in der Bundesratssitzung: Bei der Festlegung der Kontingente für Erwerbstätige aus Drittstaaten

beantragte Schneider-Ammann eine Erhöhung der Zahl der Aufenthaltbewilligungen um 10 Prozent von 6500 auf 7150. Die Zahl der Dienstleistungserbringer aus der EU, die über 90 Tage in der Schweiz bleiben, wollte er von 2000 auf 2200 erhöhen. Das bestätigen Quellen aus mehreren Departementen.

Schneider-Ammann vertrat damit den Wunsch der Wirtschaftsverbände und einer Mehrheit der Kantone, die im Vorfeld eine Erhöhung der Kontingente gefordert hatten. Sie verwiesen darauf, die Unternehmen seien auf sehr gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten dringend angewiesen. Nachdem der Bundesrat vor einem Jahr als Reaktion auf die Annahme der Zuwanderungsinitiative die Zahl dieser Bewilli-

gungen reduziert hatte, sind die Kontingente nun offenbar bereits nahezu ausgeschöpft.

Unterstützung erhielt der Wirtschaftsminister dem Vernehmen nach von Verteidigungsminister Ueli Maurer. Ausgerechnet vom SVP-Bundesrat also, dessen Partei bei jeder Gelegenheit eine möglichst strikte Umsetzung ihrer Initiative und einen spürbaren Rückgang der Einwanderung fordert. Die Mehrheit der Regierung stellte sich in der Diskussion jedoch auf den Standpunkt, dass nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und der anhaltenden Kritik an der hohen Zuwanderung in die Schweiz eine Erhöhung der Kontingente politisch nicht zu verantworten sei, selbst wenn sie aus wirtschaftlicher Sicht wünschbar wäre.

ANZEIGE

Geht das mit den Offerten auch einfacher?



Mit SmartBusiness von PostFinance erledigen Sie Ihre Offerten und Rechnungen auf Knopfdruck. Ganz einfach.

Jetzt testen auf smartbusiness.postfinance.ch

PostFinance 
Besser begleitet.